
Verbraucherzentrale Südtirol und Bürgerwelle nehmen am ersten globalen Protest-Tag gegen 5G teil

Fr, 24.01.2020 - 11:53

Am 25. Jänner wird in vielen Ländern der erste globale Protest-Tag gegen 5G abgehalten. Dieser Tag ist der erste einer Reihe, an dem die Zivilgesellschaft ihre Stimme gegen die Bestrahlung des Planeten erheben will. In diesen Tagen wird der Appell gegen die Bestrahlung auf der Erde und aus dem Weltall, mit über 3.300 Seiten Unterschriften, in vielen Ländern an die politisch Verantwortlichen übergeben. In der Erdumlaufbahn befinden sich bereits 120 der insgesamt 20.000 neuen Satelliten, welche mit den Drohnen auf der Erde interagieren sollen.

Mit dem Akronym „5G“ bezeichnet man die „5. Generation“ der radio-mobilen Technologie: geht es nach den Plänen der Industrie, wird 5G bald die bestehenden Technologien ergänzen, vor allem, um die Vernetzung von Dingen zu ermöglichen. Dabei denkt man an Kühlschränke oder Waschmaschine, aber auch an autonom fahrende Autos. Eines der überzeugendsten pro-5G-Argumente ist die bessere Qualität des Internet, welches auch über Radio funktionieren soll. Dabei wird jedoch bewusst vermieden, die Kehrseite der Medaille anzusprechen: diese betrifft vor allem eine enorme Zunahme des Elektroschmogs, aber auch eine absolut kapillare Überwachung der Individuen.

Auch in Südtirol, das gemäß Regierungsplänen eine „smart Country“ werden soll (siehe Regierungsabkommen SVP-Lega), plant man eine Zunahme der vernetzten Objekte, sowie immer neue Applikationen um die Beziehungen zwischen BürgerInnen und der öffentlichen Verwaltung zu regeln. Die Bürgerwelle beklagt, dass derzeit nicht ganz transparente Informations-Kampagnen stattfinden, welche beruhigen sollen, und welche die Auswirkungen der Veränderungen durch 5G auf Gesundheit und Umwelt relativieren sollen.

Bereits neun Gemeinden Südtirols haben sich deutlich gegen Anlagen der neuen Generation ausgesprochen; sie verlangen, dass man vor einer Freigabe dieser Technologie beweisen müsse, dass dieser Standard, jenseits aller Zweifel, absolut ungefährlich ist.

Die nationale Regierung hat es verabsäumt, die zwei vom Gesetz verpflichtend vorgeschriebenen gesundheitlichen Gutachten einzuholen, bevor die neuen Frequenzen an den Meistbietenden verkauft

wurden. Diese Unterlassung könnte zur Folge haben, dass die BürgermeisterInnen der Gemeinden, in denen Antennen errichtet werden, für gesundheitliche Folgen derselben haften.

In vielen Teilen Südtirols haben BürgerInnen an die BürgermeisterInnen gerichtete Petitionen unterzeichnet; die BürgerInnen wünschen ein Stopp der Genehmigungen in Sachen 5G. Am 15. Jänner hat die Bürgerwelle Bozens Bürgermeister Renzo Caramaschi 1.612 im Stadtgebiet gesammelte Unterschriften übergeben. Der Bürgermeister hat zugesichert, sich der Angelegenheit annehmen zu wollen, und einige konkrete Aktionen zu setzen, so z.B. die Überprüfung dass in den Gemeindestrukturen, in denen sich Minderjährige aufhalten (Kindergärten, Volks- und Mittelschulen), keine WiFi-Netze aktiv sind.

Wir möchten auch daran erinnern, dass vor einem Jahr das Verwaltungsgericht Latium drei Ministerien – Umwelt, Gesundheit und Bildung – verurteilt hat, weil sie keine Information über die Risiken der mobilen Telefonie verbreitet haben, obschon sie per Gesetz dazu verpflichtet sind. Am Samstag, 25. Jänner 2020 finden Sie uns am Siegesplatz, um die BürgerInnen zu informieren, und sie beim in Bezug auf den Schutz ihres Rechts auf Gesundheit und Umwelt zu unterstützen.

Kontakt für MedienvertreterInnen für weitere Informationen und Unterlagen bei der Beratungsstelle zum kritischen Konsum: infoconsum@centroconsumatori.it.